KANTON
LUZERN

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom	23. Juni 2026
Kantonsratspräsidentin	Widmer Reichlin Gisela

B 84 A Kantonale Finanzhilfe an die Steeltec AG zwecks Beteiligung an der Überbrückungshilfe des Bundes; Dekret über einen Sonderkredit / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Für die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) spricht Kommissionspräsident Guido Müller.

Guido Müller: Die WAK hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 28. Mai 2026 beraten. Zur Vorgeschichte dieser Botschaft: Mit der Beratung des Postulates P 347 von Marcel Budmiger diskutierte der Kantonsrat 2025 ausführlich über eine Finanzhilfe an die Steeltec AG und erklärte das Postulat mit 93 zu 18 als teilweise erheblich. Die WAK wurde beauftragt, einen nächsten Schritt im Rahmen der Standortförderung zu diskutieren. Die WAK diskutierte die Frage der Kantonsbeteiligung und entschied sich, eine Kommissionsmotion über die Ausarbeitung eines Dekrets für eine kantonale Finanzhilfe für die Steeltec AG einzureichen, die den Regierungsrat mit der Ausarbeitung eines Dekrets und der Beantragung des nötigen Nachtragskredits beauftragt. Diese Motion M 643 wurde am 26. Januar 2026 von unserem Rat diskutiert und mit 94 zu 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen erheblich erklärt. Die Regierung erhielt also den Auftrag zur Ausarbeitung eines Dekrets und eines Antrags für einen Nachtragskredit. Somit behandeln wir heute unseren eigenen Auftrag. Vorgaben für das Dekret: Die kantonale Finanzhilfe für die Steeltec AG soll an strenge Auflagen geknüpft sein, darunter Standorterhalt, einen Netto-null-Fahrplan sowie Dividenden- und Vergütungsbeschränkungen. Zudem wird die Auszahlung rechtlich mit dem Gelingen der Vorlage zur Weiterentwicklung der Standortförderung verknüpft. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat diesen Sonderkredit für eine kantonale Finanzhilfe und einen Nachtragskredit in der Höhe von jeweils 8,5 Millionen Franken, um die Überbrückungshilfe des Bundes für die Steeltec AG auszulösen und den Produktionsstandort Emmenbrücke mit seinen über 600 Arbeitsplätzen zu sichern. Zur Diskussion in der Kommission: Die Diskussion drehte sich um die Frage, ob der Kanton Luzern einen Beitrag von 8,5 Millionen Franken leisten soll, damit die Steeltec AG in Emmenbrücke von einer Bundesunterstützung profitiert, die insgesamt rund 17 Millionen Franken für die Jahre 2025 bis 2028 auslösen würde. Im Zentrum stand dabei die Abwägung zwischen Industrie- und Arbeitsplatzsicherung einerseits und staatlicher Zurückhaltung bei Subventionen andererseits. Argumente für die Vorlage: Die Steeltec AG wurde mehrfach als zentraler industrieller Pfeiler des Kantons Luzern beschrieben. Das Unternehmen existiert seit rund 175 Jahren, beschäftigt rund 610 Mitarbeitende und ist der letzte inländische Stahlproduzent. Zudem wurde betont, dass die Steeltec AG Stahl aus Recycling-Schrott produziert und damit einen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft und zu vergleichsweise tiefen CO_2-Emissionen leistet. Gleichzeitig belasteten hohe Energie-, Strom- und Netzkosten die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs. Die Befürworter argumentierten, dass es sich nicht um einen Blankoscheck handle, sondern um eine klar begrenzte Hilfe mit Bedingungen. Genannt wurden Standorterhalt, ein Netto-null-Fahrplan sowie der Verzicht auf Dividenden und Boni. Mehrere Voten hoben hervor, dass ohne den kantonalen Beitrag auch die Bundesmittel wegfallen würden und damit der Produktionsstandort Emmenbrücke gefährdet wäre. Besonders betont wurde die Bedeutung der über 600 Arbeitsplätze, Lehrstellen sowie die Rolle der Steeltec AG für die Versorgungssicherheit und industrielle Wertschöpfung im Kanton. Argumente gegen die Vorlage: Die Gegner der

Vorlage kritisierten vor allem den Grundsatz staatlicher Finanzhilfe an ein Unternehmen. Aus ihrer Sicht soll der Staat gute Rahmenbedingungen schaffen, aber nicht mit Steuergeldern Strukturbereinigungen verhindern. Es wurde die Frage gestellt, was die 17 Millionen Franken bewirken sollen, wenn das Unternehmen dennoch hohe Verluste schreibt. Kritisch gesehen wurde auch die Verknüpfung mit der Standortförderung, weil damit aus Sicht einiger Fraktionen zwei unterschiedliche politische Geschäfte vermischt würden. Mögliche Mittelverwendung: Eine weitere Diskussion wurde darüber geführt, wie die Mittel eingesetzt werden könnten. Es wurde vorgeschlagen, die Gelder für eine Photovoltaikanlage (PV-Anlage) oder andere strombezogene Entlastungen zu nutzen, um die Wirkung langfristiger zu machen. Diese Lösung wurde als Beitrag zu Energieeffizienz, Versorgungssicherheit, Klimaschutz und regionaler Wertschöpfung dargestellt. Damit sollte die Unterstützung nicht nur einem einzelnen Grossbetrieb, sondern auch der regionalen Solar- und KMU-Struktur zugutekommen. Ein entsprechender Antrag zu dieser Thematik wurde aber nicht gestellt. Mit dem für traktandierten Postulat P 661, Traktandum 20, zu diesem Thema, können wir diese Diskussion heute hier im Rat führen. Streitpunkt der Verknüpfung mit der Standortförderung: Ein zentraler Konfliktpunkt war die Kopplung der Steeltec-Hilfe an die Abstimmung zur Standortförderung. Es wurde bemängelt, dass es sich um eine unglückliche Vermischung zweier sachlich verschiedener Vorlagen handle. Weil man die Steeltec AG zwar unterstützen wolle, ohne jedoch die Standortförderung mittragen zu müssen, um die Hilfe für Steeltec zu ermöglichen, wurde ein Antrag gestellt, die 2. Beschlussziffer zu streichen, die lautet: «Die Bewilligung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung und die Regionalpolitik vom 23. März 2026 am 1. Oktober 2026 in Kraft tritt.» Zur Begründung des Antrags wurde ausgeführt, dass die Koppelung mit einem Risiko verbunden sei, da man den Ausgang der Abstimmung zur Standortförderung nicht kenne. Mit der Koppelung setze man somit 600 Arbeitsplätze aufs Spiel. Weiter gebe es einen demokratiepolitischen Grund: Mit dieser Koppelung könne man nur zum Ganzen Ja oder Nein sagen. Die Mehrheit der Kommission lehnte diesen Streichungsantrag ab, da er der Beschlussziffer 2 der WAK-Motion entspreche. Dieser Antrag wurde mit 8 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Zusammenfassung der Diskussion in der WAK: Am Ende zeigte sich ein breiter Grundkonsens darüber, dass die Steeltec AG für die Region wichtig ist. Die Meinungen gingen aber auseinander bei der Frage, ob und unter welchen politischen Bedingungen der Staat helfen soll. Die Befürworter sahen in der Vorlage eine verantwortbare Transformationshilfe für einen strategisch wichtigen Betrieb. Die Gegner hielten an ihrer skeptischen Haltung gegenüber staatlicher Unterstützung fest oder lehnten vor allem die Verknüpfung mit der Standortförderung ab. Zur Schlussabstimmung: Die Kommission stimmte dem Dekret über einen Sonderkredit für eine kantonale Finanzhilfe an die Steeltec AG als Beteiligung an der Überbrückungshilfe in ihrer Beratung mit 10 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen zu. Die Kommission stimmte dem Kantonsratsbeschluss für einen Nachtragskredit zum Voranschlag 2026 in ihrer Beratung mit 12 zu 1 Stimme zu. Die Kommission entschied, mit Fraktionssprechenden zu arbeiten und eine Medienmitteilung zu veröffentlichen. Ich danke Ihnen im Namen der Kommission, wenn Sie die Entscheide der Kommission mittragen und dem Dekret und dem Nachtragskredit zustimmen.

Für die Mitte-Fraktion spricht Ferdinand Zehnder.

Ferdinand Zehnder: Die Mitte-Fraktion tritt auf die Vorlage ein. Die Steeltec AG ist nicht irgendein Betrieb, sie ist seit über 175 Jahren in Emmenbrücke verwurzelt. Sie beschäftigt rund 610 Mitarbeitende, darunter über 20 Lernende. Als letzter inländischer Stahlproduzent ist die Steeltec AG für sicherheits- und verteidigungsrelevante Anwendungen von strategischer Bedeutung. Das sind wichtige Fakten. Es geht bei dieser Botschaft nicht um irgendeine Subvention, es geht um Industriearbeitsplätze, um qualifizierte Stellen. Es sind Stellen, die sich nicht mit einem Knopfdruck ersetzen lassen. Die Steeltec AG schafft mit Recycling-Schrott. Sie verwandelt in ihren Elektrolichtbogenöfen Altmetall in neuen Wert, und das mit einer Emissionsintensität von rund 45 Kilogramm CO_2 pro Tonne Stahl. Der weltweite Durchschnitt liegt bei rund 2000 Kilogramm. Die Steeltec AG ist somit keine rauchende Kamin-Industrie von gestern, sondern ein Pionier der grünen Stahlproduktion.

Wer Kreislaufwirtschaft und Dekarbonisierung nicht nur im Kopf denkt, sondern ernst meint, darf ein solches Unternehmen nicht im Stich lassen. Es geht um Wettbewerbsbedingungen. Die Stahlindustrie steht seit Jahren unter massivem Druck: hohe Energie- und Fixkosten, steigende Netznutzungsentgelte, schwache Nachfrage. Das ist kein Sturm, der vorbeigeht. Es ist ein struktureller Gegenwind, der sich in den letzten Jahren noch verschärft hat. Und während die Steeltec AG in Emmenbrücke die volle Last trägt, profitieren Mitbewerber in Frankreich und Deutschland von staatlichen Subventionen wie Industrietarifen, Preisdeckeln und umfangreichen Förderprogrammen. Das ist unfairer Wettbewerb. Der Bund hat auf diese Situation reagiert und ein Überbrückungsinstrument geschaffen. Jetzt ist der Kanton Luzern gefordert. Wenn wir heute nicht handeln, fällt die Bundeshilfe für die Steeltec AG weg, denn der Bund zahlt nur, wenn der Kanton mitzieht. Mit 8,5 Millionen Franken aus der Kantonskasse werden 17 Millionen Franken Bundesmittel ausgelöst. Die Vorlage ist verantwortungsvoll ausgestaltet. Diese Finanzhilfe ist kein Blankoscheck, den man ausstellt und vergisst. Die Steeltec AG muss den Standort erhalten, einen Netto-null-Fahrplan vorlegen und auf Dividenden sowie Boni verzichten. Die Leitplanken sind klar gesetzt. Wer staatliche Hilfe erhält, muss auch Verantwortung übernehmen. Diesem Grundsatz stimmen wir ausdrücklich zu. Zudem ist die Auszahlung an das Gelingen der Vorlage zur Weiterentwicklung Standortförderung geknüpft. Diese Finanzhilfe an die Steeltec AG ist damit kein einzelner Bauchentscheid, sondern eingebettet in eine vorausschauende Wirtschaftspolitik des Kantons Luzern. Die Mitte-Fraktion steht für eine Politik, die Arbeitsplätze sichert, Nachhaltigkeit fördert und faire Rahmenbedingungen schafft. Getreu unseren Werten: Freiheit, Solidarität und Verantwortung. Genau das leistet diese Vorlage. Wir treten auf die Vorlage ein. Zu den Anträgen und dem Postulat P 661 von Roman Bolliger äussern wir uns bei der Detailberatung.

Für die SVP-Fraktion spricht Thomas Alois Hodel.

Thomas Alois Hodel: Grundsätzlich ist klar: Die SVP steht nicht für immer neue Rettungspakete. Unser Grundsatz lautet, dass der Staat gute Rahmenbedingungen schaffen und nicht ständig in den Markt eingreifen soll. Politik bedeutet aber auch, die Realität anzuerkennen. Und die Realität sieht heute so aus, dass praktisch alle Staaten dieser Welt ihre Stahlindustrie direkt oder indirekt unterstützen. Deutschland verbilligt den Industriestrom, in Frankreich profitiert die Industrie von staatlich beeinflussten Energiepreisen, und die EU hat scheinbar über den Teich geschaut, um zu prüfen, wie sie den inländischen Markt schützen kann, und führt Zölle ein. Wer hätte das gedacht? Die EU reduziert die zollfreien Stahlimporte um 47 Prozent. Sind die Kontingente ausgeschöpft, werden auch auf Schweizer Stahl Zölle von 50 Prozent erhoben. Deshalb müssen wir uns fragen, ob die Steeltec AG so überleben kann. Die EU schützt ihre eigene Industrie kompromisslos und lässt ihre angeblichen Partner, der wir ja werden sollten, wenn wir die Verträge unterschreiben, im Regen stehen. Der deutsche Kanzler hat selbst erklärt, dass ihm das nicht so wichtig sei. Die Steeltec AG zeigt damit exemplarisch, wie Brüssel mit der Schweiz umgeht. Der sogenannte Bilaterale-III-Vertrag – wie ihn alle ausser die SVP nennen – wird uns als Partnerschaft und als Gewinn an Rechtssicherheit verkauft. Spüren Sie etwas von dieser Rechtssicherheit? Ich jedenfalls nicht. Doch was daran bilateral sein soll, falls der Vertrag unterschrieben werden sollte, ist mir schleierhaft. Sobald die Interessen Brüssels betroffen sind, sind Freihandelszusagen offenbar nicht mehr viel wert. Für die Steeltec AG wird der Freihandel faktisch ausser Kraft gesetzt. Das ist ein Vorgeschmack darauf, was uns mit diesem Unterwerfungsvertrag künftig auch in anderen Bereichen droht. Die Schweiz spielt derweil einmal mehr den Musterschüler und tut so, als herrsche weltweit ein fairer Wettbewerb. Das Gegenteil ist der Fall. Gleichzeitig verfolgen wir seit Jahren eine völlig verfehlte Energiepolitik. Wer dafür verantwortlich ist, muss ich nicht sagen, es geht um die auf Bundesebene verabschiedete Energiepolitik, die vom Volk angenommen wurde. Natürlich lauteten die Versprechen anders, wir wissen ja, was dabei herausgekommen ist. Für einen energieintensiven Industriebetrieb ist der Strompreis entscheidend dafür, ob er rentiert oder nicht. Hohe Strompreise und massiv gestiegene Netznutzungskosten gehören zu den grössten Wettbewerbsnachteilen der Steeltec AG. Während andere Länder ihre Industrie mit günstigem Strom entlasten, verteuern

wir die Produktion und wundern uns anschliessend, wenn Arbeitsplätze gefährdet sind. Die Versorgungssicherheit allein reicht nicht, sondern wir benötigen auch günstigen Strom, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Energiepolitik, die unser Land betreibt, ist weder nachhaltig noch verantwortungsvoll. Versorgungssicherheit bedeutet nicht nur, dass irgendwo Strom produziert wird. Versorgungssicherheit bedeutet auch, dass dieser Strom für Bevölkerung, Gewerbe und Industrie zu konkurrenzfähigen Preisen verfügbar ist. Wenn wir heute Nein sagen, müssen wir deshalb auch ehrlich genug sein, die Konsequenzen auszusprechen. Ohne den kantonalen Beitrag von 8,5 Millionen Franken fallen auch die rund 17 Millionen Franken Unterstützung des Bundes weg. Damit würden wir faktisch akzeptieren, dass der Produktionsstandort Emmenbrücke gefährdet wird. Dabei sprechen wir nicht über irgendein Unternehmen. Wir sprechen über mehr als 600 Arbeitsplätze, über Lehrstellen und über einen der wichtigsten industriellen Arbeitgeber unseres Kantons. Gerade die SVP steht für den Werkplatz Schweiz, für unsere Industrie und für Menschen, die jeden Morgen arbeiten gehen, etwas produzieren und Verantwortung übernehmen. Aber es gibt auch Kritik. Ist die Steeltec AG überhaupt noch überlebensfähig mit einem EU-Strafzoll von 50 Prozent? Muss die Luzerner Regierung bezüglich EU-Vertragspaket nochmals hinter die Bücher? Es gibt auch noch andere Dinge, ich erinnere an die Kantonalbank. Der EU passen solche Provinzbanken gar nicht. Seitens Regierung würde ich hier etwas vorsichtiger argumentieren. Bei all der Kritik: Die Steeltec AG produziert Spezial- und Qualitätsstahl und ist auch für sicherheitsrelevante Bereiche von Bedeutung. In einer Zeit, in der wir über Landesversorgung, strategische Abhängigkeiten und die Sicherheit Europas diskutieren, wäre es fahrlässig, eine solche Produktion leichtfertig aufzugeben. Am Ende müssen wir eine einfache Grundsatzfrage beantworten: Wollen wir in der Schweiz weiterhin Stahl produzieren oder wollen wir die Produktion outsourcen, wie andere Industriezweige, und nehmen damit die Abhängigkeit in Kauf. Die Vorlage ist klar begrenzt und mit Bedingungen verknüpft. Es gelten Einschränkungen bei Dividenden und Vergütungen, der Standort muss erhalten bleiben und bei einer Verletzung der Vereinbarung kann die Finanzhilfe samt Zinsen zurückgefordert werden. Es handelt sich nicht um einen Blankocheck. Für die SVP-Fraktion ist klar: Wir wollen Industriearbeitsplätze, Wertschöpfung und eine eigene Stahlproduktion in der Schweiz behalten. Deshalb treten wir auf die Vorlage ein und stimmen dem Dekret sowie dem Nachtragskredit mehrheitlich zu.

Für die FDP-Fraktion spricht André Marti.

André Marti: Die grundlegenden Diskussionen zum Thema haben wir im Zusammenhang mit dem Postulat P 347 von Marcel Budmiger und der Motion M 643 der WAK bereits geführt und müssen diese hier nicht wiederholen. Im Gegensatz zu meinem Vorredner mache ich auch keinen Ausflug in die nationalen Politikfelder und die internationalen Beziehungen, sondern beschränke mich auf unsere Aufgabe. Die Stahlindustrie in der Schweiz hat Probleme, die Lage hat sich nicht verbessert. Die Stahlindustrie im eigenen Land zu erhalten, ist wichtig, darum will der Bund wichtige Betriebe der Stahlindustrie stützen. Wie der Bund die Unterstützung umsetzen will, hat aus der Sicht der FDP Mängel, aber auch das hat sich nicht geändert, das habe ich in den Debatten zu den beiden Vorstössen bereits ausgeführt. Ebenfalls nicht geändert hat sich die Auffassung der FDP-Fraktion, dass es falsch ist, in einer liberalen und marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsordnung mit Steuergeldern zu versuchen, Strukturbereinigungen zu verhindern. Dass die volkswirtschaftliche Bedeutung der Steeltec AG und ihre Rolle in der Kreislaufwirtschaft uns dazu bringt, eine finanzielle Unterstützung trotzdem zu unterstützen, das ist auch seit den Abstimmungen zu den beiden Vorstössen klar: Eine Mehrheit von ungefähr zwei Dritteln der FDP-Fraktion hat den beiden Vorstössen zugestimmt. Die WAK hat der Regierung einen Auftrag zur Ausarbeitung eines Dekrets und eines Sonderkredits gegeben und die Regierung hat den Auftrag genauso umgesetzt. Die Situation um die Steeltec AG hat sich nicht verändert. Die Notwendigkeit dieser Massnahme ist und bleibt umstritten. Im Kontext mit dem aktuellen Vorschlag ist sie aber vertretbar. Ich wiederhole hier gerne nochmals, was wir in den vergangenen Debatten schon mehrmals betont haben: Für die FDP ist es richtig, dass die Mittel davon abhängig gemacht werden, ob das Standortförderungspaket durchkommt. Wenn das

Standortförderungspaket wie geplant umgesetzt wird, dann haben wir viel Geld für die Unterstützung der Wirtschaft zur Verfügung. Ausnahmsweise soll aus diesem Topf auch die Unterstützung der Steeltec AG im Sinn der Erhaltung dieser wichtigen Tätigkeit in unserer Region ermöglicht werden. Die FDP-Fraktion respektiert den Beschluss des Parlaments zur Motion M 643 der WAK, auch wenn einige aus unserer Fraktion damals gegen die Motion gestimmt haben. Der Beschluss des Parlaments ist umzusetzen, daher unterstützt die FDP-Fraktion das Dekret und den Sonderkredit klar. Doch ich halte hier nochmals fest, das gilt nur für den Fall, dass die Unterstützung an die Steeltec AG nur ausgerichtet wird, wenn das Standortförderungspaket an der Urne angenommen wird. Andernfalls müssen wir nochmals über die Bücher gehen. Die gestellten Anträge lehnen wir folgerichtig alle ab. Im Sinn einer effizienten Debatte äussere ich mich bei der Detailberatung nicht mehr zu den Anträgen. Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und lehnt alle vorliegenden Anträge ab. Falls die Koppelung mit dem Standortförderungspaket bestehen bleibt, stimmen wir dem Dekret und dem Sonderkredit zu.

Für die SP-Fraktion spricht Simone Brunner.

Simone Brunner: Das Traditionsunternehmen Steeltec AG existiert seit rund 175 Jahren im Kanton Luzern und verfügt aktuell über ungefähr 600 Arbeitsplätze einschliesslich der Lehrstellen. Folglich begrüsst es die SP ausdrücklich, dass die eidgenössischen Räte Ende 2024 ein dringliches Bundesgesetz erlassen haben. Das Gesetz verfolgt das Ziel, den Stahl- und Aluminiumproduzenten in den Jahren 2025–2028 Überbrückungshilfen in Form von Reduktionen der Netznutzungsentgelte zu gewähren. Voraussetzung ist, dass sich der Kanton in Form einer kantonalen Finanzhilfe von mindestens der Hälfte beteiligt. Der Weg zu diesem vorliegenden Dekret war steinig und entsprechend erfreut ist die SP-Fraktion darüber, dass wir es jetzt beraten werden – ein Aber gibt es, doch dazu komme ich später. Die SP begrüsst, dass das Bundesgesetz verschiedene Auflagen in Bezug auf den Erhalt des Produktionsstandorts, einen Ausschüttungsstopp von Dividenden und Tantiemen sowie ein Auszahlungsverbot von Sondervergütungen und variablen Vergütungen für die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates vorsieht. Des Weiteren ist es auch elementar, dass das Recht zum Schutz der Arbeitnehmenden eingehalten wird. Nun zum angekündigten Aber: Die Koppelung an den Ausgang der Abstimmung zur Standortförderung, wie es in Beschlussziffer 2 zum Dekret über einen Sonderkredit vorgesehen ist, lehnen wir dezidiert ab. Warum? Es ist die Verknüpfung von zwei verschiedenen Sachverhalten in Bezug auf die Ausgangslage, aber auch die Zielsetzung, worin ein sehr grosser Unterschied besteht. Beim Gesetz zum Luzerner Innovationsbeitrag (LIB) geht es um Innovationsförderung von primär international tätigen Grosskonzernen mittels öffentlicher Subventionen zur indirekten Umgehung der OECD-Mindeststeuer – also die Subventionierung von hochprofitablen Unternehmen. Bei diesem Dekret geht es aber darum, eine befristete Überbrückungshilfe zu leisten für ein Unternehmen in einem wirtschaftlich herausfordernden Umfeld und zur Sicherung des Produktionsstandorts sowie der Sicherung von rund 600 Arbeitsplätzen. Die Unterstützung der Steeltec AG ist an diverse Auflagen gebunden, inklusive Rückzahlungspflicht. Die meisten dieser Auflagen sind im LIB-Gesetz nicht vorgesehen. Diesbezüglich besteht eine sehr grosse Ungleichbehandlung. Wir haben damals zwar auch entsprechende Anträge gestellt, etwa in Bezug auf ein Auszahlungsverbot für Sondervergütungen, die aber von Ihnen abgelehnt wurden. Mit der Beschlussziffer machen Sie aus unserer Sicht die Steeltec AG zum Feigenblatt der Standortförderung, auch wenn Sie sich gegen diese Aussage wehren: Die freie Willensbildung der Stimmbevölkerung ist dabei stark eingeschränkt. Das ist aus unserer Sicht eine indirekte Erpressung der Stimmbevölkerung. In diesem Licht steht auch der Antrag auf Streichung der Beschlussziffer 2 im Dekret zum Sonderkredit. Zum Antrag bezüglich des obligatorischen Referendums äussere ich mich in der Detailberatung. Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein. Je nach Beratungsverlauf werden wir uns bei der Abstimmung zum Sonderkredit der Stimme enthalten. Dem Nachtragskredit stimmen wir zu. Ich bin nicht sicher, ob ich André Marti richtig verstanden habe. Aber wenn wir jetzt über einen Nachtragskredit befinden, ist es klar, dass diese Gelder nicht aus dem Topf der Standortförderung bezogen werden, sondern es

geht um zusätzliche Gelder aus dem Staatshaushalt. Ansonsten würden wir nicht über einen Nachtragskredit befinden.

Für die Grüne Fraktion spricht Roman Bolliger.

Roman Bolliger: Die Steeltec AG braucht unsere Unterstützung. Ich nehme zuerst zum Votum von Thomas Alois Hodel bezüglich der EU und ihren Zöllen Stellung: Das ist eine andere Geschichte. Wenn wir diese Zölle vermeiden möchten, müssen wir uns noch mehr in die EU integrieren und nicht weniger. Dagegen spricht sich die SVP aber aus. Meiner Meinung nach können wir mit den aktuellen Beziehungen zur EU und denjenigen, über die wir noch abstimmen werden, zufrieden sein. Die Unterstützung der Steeltec AG ist unserer Meinung nach wichtig und richtig. Die Steeltec AG ist ein bedeutender Arbeitgeber im Kanton. Die Steeltec AG produziert eine wichtige Ressource, Stahl. Sie verwendet für die Herstellung des Stahls ausschliesslich Stahlschrott und schliesst damit Stoffkreisläufe. Sie vermeidet weitgehend die Verwendung fossiler Energien in der Stahlproduktion und setzt dafür auf Strom. Es wäre nicht nachhaltig, wenn die Produktion ins Ausland verlagert würde, wenn sie nicht mehr bei der Steeltec AG stattfände. Der Stahl würde damit mit viel mehr fossiler Energie produziert. Der Stromverbrauch der Steeltec AG ist allerdings wegen ihrer Produktionsmethode hoch. Eine der grossen Herausforderungen für die Steeltec AG sind daher die gestiegenen Strompreise. Die aktuell zur Diskussion stehende Bundesunterstützung setzt genau dort an: Es handelt sich um eine vorübergehende Reduktion der Netznutzungsentgelte für Stahlunternehmen. Für die Steeltec AG würde diese Netznutzungsentgeltreduktion über die Jahre 2025–2028 total rund 17 Millionen Franken ausmachen. Für die Gewährung der entsprechenden Netznutzungsentgeltreduktion an die Steeltec AG verlangt der Bund eine Finanzhilfe des Standortkantons Luzern in der Höhe von etwa 8,5 Millionen Franken. Das ist ein hoher Betrag, doch angesichts der Bedeutung der Steeltec AG gerechtfertigt. Das Dekret sieht vor, dass die Finanzhilfe an die Steeltec AG davon abhängig gemacht wird, dass die Vorlage zur Standortförderung vom Volk angenommen wird. Es geht um die Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung und die Regionalpolitik. Das Volk wird im Herbst darüber abstimmen. Wir finden es nicht sinnvoll, wenn die Finanzhilfe an die Steeltec AG von einer Zustimmung zu dieser Gesetzesänderung abhängig gemacht wird. Ich weiss, wir haben nun schon oft über diese Verknüpfung zwischen dem Standortförderungsgesetz und der Finanzhilfe an die Steeltec AG gesprochen. Und ich weiss, wir wollen auf Effizienz in unserer Beratung achten. Doch ich denke, bevor wir jetzt diesen Entscheid fällen, wie das genau aussehen soll, lohnt es sich doch, das noch einmal kurz durchzudenken. Ich denke, dass die Auswirkungen einer solchen Verknüpfung noch nicht zu Ende gedacht sind. Was ist, wenn nur die Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung und die Regionalpolitik zur Abstimmung kommt und diese vom Volk nicht angenommen wird? Ich habe gehört, es gibt Überlegungen, in einem solchen Fall trotzdem eine Möglichkeit für eine kantonale Finanzhilfe an die Steeltec AG zu suchen. Doch macht das wirklich Sinn, ist das eine gute Haltung gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern? Sind wir wirklich frei, so etwas zu tun? Wenn den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern im Vorfeld zur Abstimmung über die Gesetzesänderung kommuniziert wird, dass eine Zustimmung zur Gesetzesänderung Voraussetzung ist, dass die Finanzhilfe an die Steeltec AG gewährt wird, wäre es da nicht ziemlich merkwürdig, wenn wir als Kantonsrat dann eine solche kantonale Finanzhilfe auf anderem Weg ermöglichen würden, wenn die Stimmbevölkerung die Gesetzesänderung ablehnt? Aus unserer Sicht ist die passende Lösung klar: Es ist erforderlich, dass die Stimmbevölkerung sowohl über die Gesetzesänderung wie auch über die kantonale Finanzhilfe an die Steeltec AG abstimmen kann, und zwar unabhängig voneinander. Eigentlich ist ein solches Vorgehen sowieso das einzig Richtige, weil ein so hoher Unterstützungsbeitrag für ein einzelnes Unternehmen höchst ungewöhnlich ist. Das wurde auch ausgeführt. Wir finden es nicht sinnvoll, wenn der Kantonsrat so etwas ohne obligatorischen Einbezug der Stimmbevölkerung beschliesst. Ein solcher Entscheid gehört vor das Stimmvolk. Wir sind in diesem Sinn für Eintreten.

Für die GLP-Fraktion spricht Urs Brücker.

Urs Brücker: Der Kommissionspräsident sprach von den Gegnern dieses Dekrets. Bis jetzt haben wir keine Gegner gehört. Jetzt kommen die acht Gegner dieses Dekrets zu Wort. Wir lehnen die Vorlage und damit den Sonder- und den Nachtragskredit als direkte Finanzhilfe für die Steeltec AG ab. Das heisst, dass wir bei unserer Meinung bleiben. Die Gründe dazu haben wir bereits im September bei der Beratung des Postulats P 347 im Detail ausgeführt. Wir anerkennen die Wichtigkeit von Steuerträgern als Arbeitgeber in unserer Region, und es liegt selbstverständlich auch in der Verantwortung der Politik, die wirtschaftliche Stärke des Kantons zu sichern. Diese Aufgabe darf aber nicht auf eine einzelne Branche oder auf eine einzelne Firma beschränkt sein. Die GLP-Fraktion wird ihren bisherigen Kurs konsequent fortsetzen und sich weiterhin mit Überzeugung für attraktive Rahmenbedingungen einsetzen, sei es in der wettbewerbsfähigen Steuerpolitik für Unternehmen, sei es für infrastrukturelle Massnahmen, beispielsweise beim Verkehr oder für gute Ausbildungsangebote im Kanton. Die direkte finanzielle Unterstützung einer Unternehmung lehnen wir ab. Sie widerspricht einer liberalen Wirtschaftspolitik. Das finden die Parteien, die hier rechts neben mir sitzen, eigentlich auch konsequent. Bei jedem Votum haben wir gehört, dass sie zwei Seelen in der Brust haben. Sie finden es eigentlich komplett falsch, dass man das macht, aber Konsequenz ist nicht die Stärke jeder Partei. Zudem ist die Bedingung, dass sich der Bund nur beteiligt, wenn auch der Standortkanton bezahlt, ein absolutes Novum. Das hat es in der Politikgeschichte der Schweiz noch nie gegeben. Selbst in Krisensituationen wie der Bankenkrise, der Rettung der Fluggesellschaften oder des Unterstützungsprogramms der Energiekonzerne war es nicht der Fall, dass der Bund eine solche Bedingung an die Kantone beziehungsweise an die Gelder geknüpft hat, dass auch die Kantone bezahlen müssen. Die direkte Finanzhilfe an eine einzelne Firma, die sich mit dem schwierigen Marktumfeld für ihre Produkte konfrontiert sieht, ist ein gefährliches Produkt. Wenn wir damit beginnen, geht es um eine Grundhaltung und um berechenbare Politik. Andere Unternehmen und Branchen könnten ebenfalls Ansprüche stellen, wenn es der Wirtschaft schlecht geht. Die finanziellen Probleme gründen selbstverständlich nicht in den hohen Netznutzungsgebühren oder in den Stromkosten. Die Stahlbranche befindet sich in einem schwierigen strukturellen Marktumfeld, insbesondere wegen der sinkenden Nachfrage aus der europäischen Automobilindustrie. Das sind Herausforderungen des Marktes. Auch diese sind mit den vorgesehenen 17 Millionen Franken des Bundes und des Kantons in vier Jahren sicher nicht zu beheben. Wir sprechen immerhin von Jahresverlusten der Steeltec AG in den letzten Jahren in der Höhe von je 200 Millionen Franken. Dabei sind die 17 Millionen Franken tatsächlich nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Zusätzlich haben wir die Vorlage allerdings mit der Verknüpfung des Sonderkredits mit der Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung und über die Regionalpolitik, über die das Volk im September abstimmen wird, verschlimmert. Unabhängig davon, ob die Stimmberechtigten das Gesetz annehmen oder ablehnen, ist die Verknüpfung systemisch komplett falsch. Beim Wirtschaftsförderungsgesetz geht es um den LIB, um die Rückverteilung von OECD-Steuergeldern an Unternehmen. Diese Vergütungen sind aber klar adressiert für steuerliche Abzüge für Innovation, Forschung und Entwicklung und nicht für die Subventionierung von Netznutzungsgebühren. Ich komme auch auf das Postulat P 661 zu sprechen, zitiere dabei aber nicht aus der Stellungnahme des Regierungsrates. Ich traue den Zuständigen der Steeltec AG zu, dass sie die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit einer Gross-PV-Anlage geprüft haben. Dazu brauchen sie keine Aufforderung des Regierungsrates, aber auch nicht unseres Parlamentes. Ende 2022 hatten wir zugegebenermassen einen Peak. Seither sind die Strompreise extrem stabil und tief. Am Strommarktpreis bewegen wir uns seither zwischen 70 und 100 Euro pro Megawattstunde. Aus ökonomischen Gründen dürfte es sehr schwierig sein, mit einer PV-Anlage günstigere Preise zu erzielen. Ökologisch ist das selbstverständlich logisch und klar. Aber bei diesem Geschäft geht es bekanntlich um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Mein ketzerischer Gedanke ist, dass, wenn die Finanzhilfe des Kantons für eine PV-Anlage eingesetzt wird – also 4 oder 5 Millionen Franken davon –, einige zusätzliche Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. Sinnigerweise werden wir uns beim Postulat geschlossen der Stimme enthalten. Wir sind natürlich für PV-Anlagen, aber in

diesem Kontext ist es völlig richtig, dass wir uns der Stimme enthalten. Wir geben uns nicht der Illusion hin, dass Sie uns folgen, auch wenn wir Recht haben.

Adrian Nussbaum: Unser Rat hat schon sehr oft über diese Frage diskutiert, deshalb verzichte ich auf eine Wiederholung und die Begründung, weshalb die Abhängigkeit zur Standortförderung keine Erpressung darstellt. Zur Behauptung von Roman Bolliger: Wenn das Luzerner Volk den Ausbau der Wirtschaftsförderung ablehnt, ist es für uns sachlogisch, dass wir auch die Unterstützung der Steeltec AG ablehnen. Ich erlaube mir, mich zur Argumentationslinie – vielleicht müsste ich eher Argumentationsslalomlinie sagen – der SVP zu äussern. Beim Lesen des Beitrags von Thomas Alois Hodel zur Sessionsvorschau in der «Luzerner Zeitung» von letztem Samstag haben sich mir einige Fragen gestellt. Leider hat sein Exkurs zu den Bilateralen III oder sein EU-Bashing den Nebel nicht gelichtet. Deshalb stellen sich mir folgende konkrete Fragen: Im Dezember 2025 hat die SVP-Fraktion das Postulat P 306 mit 24 zu 1 Stimme abgelehnt. Jetzt erklären Sie, dass die Steeltec AG vorbehaltlos zu unterstützen sei. Was ist der Grund für diese 180-Grad-Wende? Weder in Ihrem Bericht der «Luzerner Zeitung» noch in Ihrem heutigen Votum haben Sie erklärt, dass es richtig und wichtig ist, eine logische Verknüpfung mit der Abstimmung über die Standortförderung im Herbst zu machen. Machen Sie diesbezüglich ebenfalls eine Wendung um 180 Grad? Ich hoffe nicht, obwohl es gemäss Ihren Aussagen der letzten Wochen konsequent wäre. Aufgrund verschiedener Aussagen zur Abstimmung gegen die 10 Millionen Schweiz habe ich mich gefragt, wie Sie Ihrer Basis erklären wollen, dass Sie eigentlich gegen das Wachstum sind, aber in diesem Rat seit Jahren eine Steuer- und Standortpolitik betreiben, die tiefere Steuern für alle praktisch ausschliesslich auf diesem Wachstum aufbaut. Zudem sprechen Sie von einer gescheiterten Klimapolitik und der bösen EU. Weshalb bauen Sie also Ihre Strompolitik seit Jahren ausgerechnet auf die Abhängigkeit dieser EU auf? Sie müssen nicht versuchen, mir zu antworten und nach Ausreden zu suchen, aber ich wünsche mir persönlich etwas weniger Slalomkurs und etwas mehr Konsequenz. Nur so können wir die erfolgreiche bürgerliche Finanz-, Steuer- und Standortpolitik auch in Zukunft fortführen.

Fritz Gerber: Politik ist die Kunst des Machbaren. Jetzt öffnen wir diesen Fächer und sprechen über Strompreise und alles Mögliche und wer sich dazu geäussert hat. Adrian Nussbaum spricht davon, dass die SVP eine Wende um 180 Grad vorgenommen hat. Darauf möchte ich gar nicht eingehen. Wir müssen aber versuchen, eine Lösung zu erzielen. Ich persönlich hätte auch eine getrennte Behandlung vorgezogen und dass die Vorlagen über die Standortförderung und über die Steeltec AG dem Volk einzeln vorgelegt werden. Nun liegt aber ein Kompromiss vor. Mit einem Kompromiss sind nie alle zufrieden. Von uns wird erwartet, dass wir etwas zugunsten des Luzerner Volks und der Steeltec AG unternehmen. Ich appelliere an alle, anstatt stundenlang zu diskutieren, zu versuchen, dem vorliegenden Kompromiss zuzustimmen und sich nicht gegenseitig Vorwürfe zu machen, obwohl das manchmal seine Berechtigung hat. Wir sollten versuchen, das Volk zu überzeugen. Ich bitte Sie daher, der Vorlage zuzustimmen und die vorliegenden Anträge abzulehnen. So kommen wir zu einer Lösung, die wir gegenüber dem Volk und dem Standort vertreten können.

Thomas Alois Hodel: Von welcher 180-Grad-Wende spricht Adrian Nussbaum? Wir haben uns immer für die Unterstützung der Steeltec AG ausgesprochen und auch dem entsprechenden Postulat zugestimmt, das zu dieser Vorlage geführt hat.

Roman Bolliger: Was spricht dagegen, dass wir beide Anträge dem Volk unterbreiten, damit es darüber abstimmen kann?

Adrian Nussbaum: Ich beziehe mich auf das Postulat P 306, welches die SVP-Fraktion im letzten Dezember mit 24 zu 1 Stimme abgelehnt hat. Aus unserer Sicht braucht es keine Doppelabstimmung, Roman Bolliger. Es geht um die Grundsatzfrage, ob die Wirtschaftsförderung ausgebaut wird oder nicht, über die das Luzerner Volk im September abstimmen kann. Wenn das Luzerner Volk diesen Weg unterstützt, unterstützen wir auch die Steeltec AG.

Thomas Gfeller: Ich möchte einen anderen Aspekt der SVP-Fraktion erwähnen. Der mögliche Verlust der 600 Arbeitsplätze bei der Steeltec AG wäre eine grosse Tragödie für die betroffenen Mitarbeitenden, für ihre Familien und für die gesamte Region. Die

Situation weckt verständlicherweise Emotionen, und das ist auch richtig so. Gerade deshalb dürfen wir uns heute nicht nur von den Emotionen allein leiten lassen. Unsere Aufgabe in der Politik ist es nicht, einzelne Unternehmungen vor dem Untergang zu retten. Unsere Aufgabe ist es, faire und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen. Die Zukunft der Stahlindustrie in Europa ist alles andere als rosig. Das wissen wir alle. Die Branche leidet unter hohen Energiepreisen, schwacher Nachfrage, internationalem Wettbewerbsdruck und zunehmenden handelspolitischen Spannungen. Neue Zölle und Handelshemmnisse erschweren die Situation. Für die Steeltec AG ist das insbesondere relevant, weil sie rund zwei Drittel der Produktion nach Europa exportiert. Das Unternehmen ist deshalb direkt von der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa abhängig. Diese Entwicklung zeigt leider nicht nach oben, sondern in eine ganz andere Richtung. Das eigentliche Problem bleibt bestehen. Schweizer Stahlproduzenten produzieren unter anderen Voraussetzungen als ihre Konkurrenten im europäischen Ausland. Während dort staatliche Förderprogramme und vergünstigte Industriestrompreise zur Verfügung stehen, kämpfen Schweizer Unternehmen mit höheren Kosten. Das wissen wir alle. Solange die strukturellen Wettbewerbsnachteile bestehen bleiben, lösen wir mit einer Finanzhilfe von 8,5 Millionen Franken das Grundproblem nicht. Wir verschaffen vielleicht ein wenig Zeit, aber wir können die Ursachen nicht bekämpfen. Mindestens ebenso kritisch beurteilen wir die vorgesehenen staatlichen Auflagen. Wenn die öffentliche Hand Millionenbeiträge sprechen soll, dann erwarten wir, dass alle Beteiligten ihren Beitrag leisten. Genau da geht uns der Ansatz dieser Vorlage zu wenig weit. Die Mitarbeitenden bangen um ihre Arbeitsplätze. Gleichzeitig sehen wir keine ausreichenden Opfer auf der Managementebene. Wer Solidarität einfordert, soll auch Solidarität zeigen. Bei Verlusten in einem dreistelligen Millionenbereich wäre es aus unserer Sicht selbstverständlich, dass das Führungsmanagement substanzielle Lohneinbussen in Kauf nehmen muss. Bei einem CEO-Millionensalär besteht sicherlich genügend Potenzial dazu. Es kann nicht sein, dass Mitarbeitende das grösste Risiko tragen, während die oberste Führungsebene weitgehend von den Konsequenzen verschont bleibt. Wir anerkennen die Bedeutung der Steeltec AG für den Industriestandort Luzern und wollen die Arbeitsplätze erhalten. Aber wir sind nicht überzeugt, dass die vorliegende Vorlage das Ziel nachhaltig erreicht. Solange die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mit jenen der europäischen Konkurrenten vergleichbar sind und sich die Perspektiven für die europäische Stahlindustrie weiter eintrüben, ist es äusserst fraglich und aus unserer Sicht auch nicht verantwortbar, heute die Millionen an Steuergeldern einfach so zu sprechen. Aus diesem Grund lehnt eine Minderheit in der SVP-Fraktion die Vorlage ab.

Marcel Budmiger: Ferdinand Zehnder hat in seinem Votum Stahl Gerlafingen vergessen. Es gibt noch einen zweiten Stahlproduzenten in der Schweiz. Dort machte der Kanton keinen solchen Eiertanz und stellte sich hinter sein Stahlwerk. Im Gegensatz zu Luzern: Der einmaligen Unterstützung von 8,5 Millionen Franken für unser Stahlwerk soll nur zugestimmt werden, wenn wir künftig Milliarden an Subventionen für Grossunternehmen, den sogenannten Innovationsbeitrag, auszahlen. Offenbar gibt es keine guten Argumente für diese LIB-Subventionen. Oder warum erpressen Sie denjenigen Teil der Stimmbevölkerung, dem Arbeitsplätze wichtiger sind als höhere Dividenden von Grossunternehmen? Oder denjenigen Teil der Bevölkerung, der kritisch gegenüber Wachstum und Zuwanderung ist, welchen die Bürgerlichen nach der Abstimmung zur Chaos-Initiative angeblich ernst nehmen wollen? Der Mitte-Präsident Philippe Bregy sagte diesbezüglich, dass wir unsere Standortförderung überdenken sollten. Wir hätten die Gelegenheit, dies auch in Luzern zu tun. Will die Bevölkerung wirklich, dass der Kanton Luzern in den nächsten zehn Jahren mit 1,5 Milliarden Franken an Subventionen weitere ausländische Firmen nach Luzern lockt? Die grossen Unternehmen wollen die Gelder der OECD-Mindestbesteuerung zurück. Es ist Ihr gutes Recht, diesem Wunsch nachzukommen und die Subventionsschleusen zu öffnen. Die Steeltec AG wird aber aus einem anderen Top finanziert. Eine Verknüpfung dieser beiden Vorlagen ist unredlich und erpresserisch. Wie soll die Emmerin stimmen, welche die Steeltec AG unterstützen möchte, aber keine Subventionen mit der Giesskanne will? Wie soll der Steeltec-Mitarbeiter stimmen, der es ungerecht findet, dass die Steeltec eine Vielzahl an

Auflagen erfüllen muss, während die Dividendensubventionierung des LIB praktisch ohne Auflagen fliesst? Wie soll Urs Brücker stimmen, der zwar Subventionen an Unternehmen, aber keine Unterstützung von Steeltec will? Mit Ihrer Verknüpfung verhindern Sie, dass drei Fraktionen unseres Rates gemäss ihrer eigentlichen Haltung abstimmen können. Die freie Willensbildung der Bevölkerung wird mit dieser Verknüpfung eingeschränkt. Sie nehmen die Arbeitsplätze der Steeltec AG in Geiselhaft für ihre Subventionspläne. Das ist kein Fairplay, sondern ein grobes demokratiepolitisches Foul. Aber von der Mitte- und von der SVP-Fraktion habe ich heute nur positive Aspekte gehört, warum man die Steeltec AG unterstützen soll. Heute haben wir die Chance dazu, das Geschäft in trockene Tücher zu bringen. Sagen Sie Ja zum Dekret, sagen Sie Nein zur erpresserischen Verknüpfung mit der Standortförderung und wir ziehen unseren Antrag zum obligatorischen Referendum zurück. So können wir noch heute den Steeltec-Mitarbeitenden die Gewissheit geben, dass der Kanton zu seiner Stahlindustrie steht, unabhängig von politischen Spielchen und milliardenschweren Subventionen.

Urs Brücker: Wir sind ebenfalls gegen diese Verknüpfung. Inhaltlich geht es bei der Wirtschaftsförderung vor allem um den LIB. Dabei sollen Firmen für ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung steuerlich gefördert und entlastet werden. Bei der Steeltec AG geht es aber nicht um Forschung und Entwicklung. Mit einem läppischen Betrag von 4 Millionen Franken retten wir diese Firma nicht. Dieser Betrag reicht wahrscheinlich nicht einmal für die Boni der Geschäftsleitung. Diese direkte Finanzhilfe hat nichts zu tun mit Forschung und Entwicklung, sondern es geht um die Umschiffung eines schwierigen Marktumfeldes. Dazu reichen aber 4 Millionen Franken pro Jahr nie aus, wenn der jährliche Verlust 200 Millionen Franken beträgt, sondern es braucht andere strukturelle Massnahmen.

Urs Christian Schumacher: Ich möchte doch noch einmal darauf hinweisen und einen kleinen Ausflug machen. Die Situation hat sich in den letzten Wochen grundsätzlich geändert. Die EU möchte ab 1. Juli 2026 weit schlimmer als Trump mit Strafzöllen in den Freihandel eingreifen. Die EU reduziert weltweit die zollfreien Stahlimporte auf 47 Prozent. Sobald diese Kontingente ausgeschöpft sind, wird ein Importzoll von 50 Prozent erhoben, auch für die Schweiz. Damit zeigt doch die EU, was die Schweiz beim sogenannten bilateralen Paket, dem Unterwerfungsvertrag, erwartet. Brüssel hält sich schon jetzt nicht mehr an das Freihandelsabkommen von 1972, das ja immer noch gilt, und begeht eigentlich völkerrechtswidrig Vertragsbruch. Das ist das Kriterium, nämlich die Verlässlichkeit der EU und die Verlässlichkeit von Brüssel, das wir ansprechen wollen, und nicht spätere Verträge, an die man sich nicht mehr so richtig hält. Laut offiziellen Angaben gehen die von der Steeltec AG hergestellten Stahlprodukte grossmehrheitlich direkt in den EU-Markt. 90 Prozent davon sind für den Automobil- und Maschinenbau, während das andere Stahlwerk in Gerlafingen fast nur noch den Inlandmarkt bedient. Bei einer rückwirkenden oder sofortigen Einführung der Zölle könnte die Steeltec AG gemäss Branchenexperten dem Preisdruck nicht mehr standhalten und nicht mehr kostendeckend produzieren. Unser Sonderkredit könnte damit zu einem Tropfen auf den heissen Stein werden. Aber am Ende müssen wir entscheiden, auch wenn die Zukunft von der Steeltec AG alles andere als gesichert ist. Damit will die SVP-Fraktion ein Zeichen politischer Verlässlichkeit setzen. Darum geht es. Damit ist es aber nicht getan. Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der Steeltec AG sind nun in der Pflicht, einen nachhaltigen Businessplan zu erstellen und sich dem Markt anzupassen. Aber ein langfristiges Überleben der Stahlindustrie in der Schweiz ist die Aufgabe unseres Bundesrates, er ist gefordert. Er muss beweisen, dass er Vertragsrechte gegenüber der EU durchsetzen kann. Sollte er dazu nicht die Kraft haben, so wäre das der ultimative Beweis, dass eine weitere Vertragsabhängigkeit mit der EU nicht mehr Rechtssicherheit, sondern mehr Rechtswillkür schafft.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Sie merken, dass es bei dieser Vorlage auch zu Emotionen kommt. Wir haben dieses Geschäft schon einige Male mit Ihrem Rat diskutiert. Unser Rat hatte am Anfang eine etwas differenziertere Haltung als Ihr Rat. Sie haben uns einen Auftrag erteilt und diesen haben wir erfüllt. Dieser liegt nun mit dem Dekret vor. Die wirtschaftliche Lage

der Stahlindustrie hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft. Ich gehe später kurz auf die Zollsituation ein. Vor allem Energiekosten in der Schweiz, Netznutzungsentgelte, aber auch globale Handelskonflikte und internationale Wettbewerbsverzerrungen machen der Branche vor allem zu schaffen. Die Steeltec AG in Emmenbrücke behauptet sich nach wie vor in diesem schwierigen Umfeld und beschäftigt über 600 Personen. Sie bildet rund 20 Lernende aus und ist ein wichtiger industrieller Bestandteil der Geschichte unseres Kantons. Als Verwerterin von Recycling-Schrott ist die Steeltec AG auch eine wichtige Playerin in der Kreislaufwirtschaft. Als Reaktion auf die erwähnte wirtschaftliche Lage hat das Bundesparlament die Überbrückungshilfen für die Stahlindustrie beschlossen. Die Hilfe soll in Form von Reduktionen für die Netznutzungsentgelte gewährt werden, also Mindereinnahmen in diesem Topf der Netznutzungsentgelte. Diese sind aber daran gebunden, dass diese Hilfe überhaupt ausgerichtet wird, wenn die Kantone ihren Beitrag, wie es im Bundesgesetz geschrieben steht, zahlen. Konkret beläuft sich diese Hilfe für die Steeltec AG für die Jahre 2025–2028 auf 17 Millionen Franken, sofern der Kanton Luzern die Hälfte dieser Kosten trägt. Die Hilfe ist an verschiedene Auflagen wie den Standorterhalt, einen Netto-null-Fahrplan, Dividenden, Vergütungsbeschränkungen usw. gebunden. Das entsprechende Gesuch der Steeltec AG an den Bund wurde unter Vorbehalt der Genehmigung der Mittel durch den Kanton Luzern bewilligt. Ihr Rat hat uns den Auftrag gegeben. Ich glaube, dass sich der Kommissionspräsident sehr ausgewogen zu den Vor- und Nachteilen geäussert und gut über die Kommissionsberatungen berichtet hat. Er hat auf die Pro und Contra verwiesen. Ich werde das hier deshalb abkürzen. Die Motion verlangte das Dekret und einen Nachtragskredit für die kantonale Finanzhilfe. Diese haben wir nun ausgearbeitet. Rechtlich wird die Auszahlung mit dem Gelingen der Vorlage zur Weiterentwicklung der Standortförderung verknüpft, so wie es der Auftrag der WAK war. Die Steeltec AG ist ein wichtiges traditionelles Industrieunternehmen mit Standort Luzern und soll daher die nötige Hilfe zur Überbrückung der aktuellen Situation erhalten. Mit der Hilfe werden die Produktionsstandorte und ihre Arbeitsplätze erhalten und ein wichtiger Teil der Kreislaufwirtschaft bleibt in der Schweiz bestehen. Nun möchte ich noch auf zwei Punkte aus der Diskussion eingehen. Ganz kurz zum europapolitischen Exkurs. Ich glaube, es ist wichtig, dass die Stahlindustrie in Europa auch von einem Zusatzzoll von 50 Prozent betroffen ist. Dies gemäss einer eben durchgeführten KI-Expertise. Ich hoffe, dass das so stimmt. Es heisst sogar, dass der Grundzoll von 15 Prozent noch zum Zusatzzoll hinzukommt. Dieser ist bei diesem Zollabkommen ausgenommen. So steht in einer kurzen Recherche geschrieben. Ich bin der Meinung, dass man in etwa ähnlich unterwegs ist. Die EU hat das eingeführt, weil es die USA auch eingeführt haben. So wird man sich in diesem Zollstreit hochschaukeln. Verliererin ist aber ganz klar die Schweiz beziehungsweise die Stahlunternehmen in der Schweiz. Sie haben das Problem mit den USA, aber neu auch mit Europa. Wir wurden vom Departement des Bundespräsidenten Guy Parmelin und der Direktorin des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), Helene Budliger Artieda, informiert, dass man intensiv an Verhandlungen mit der EU ist, um Ausnahmekontingente für die Schweiz zu erhalten. So sollen diese Firmen, auch Stahl Gerlafingen, aber vor allem auch die Steeltec AG allenfalls eine Ausnahme erhalten. Das wäre für die Stahlindustrie fast lebensnotwendig. Mindestens erklärte mir Helene Budliger Artieda vor ein paar Wochen, dass es gut aussehe, aber die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. In diesem Sinn bitte ich Sie, wie vom Regierungsrat beantragt und gemäss Auftrag Ihres Rates das Dekret und den Nachtragskredit zum Voranschlag von jeweils 8,5 Millionen Franken zu genehmigen.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Antrag Simone Brunner / Roman Bolliger zu Ziffer 2: Streichen.

Für die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) spricht Kommissionspräsident Guido Müller.

Guido Müller: Dieser Antrag lag der WAK vor. Ich spreche sowohl zu Antrag 1 als auch zu Antrag 2, der teilweise den gleichen Inhalt aufweist. Der Antrag wurde mit 8 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Simone Brunner: Ich habe mich bereits in meinem Eintretensvotum ausführlich dazu geäussert, weshalb wir die Streichung von Ziffer 2 beantragen. Bei Ziffer 2 geht es um die Koppelung der beiden Vorlagen. Die Zahlung an die Steeltec AG wird nur dann ausgelöst, wenn die Luzerner Stimmbevölkerung der Vorlage zur Standortförderung im Herbst zustimmt. Aus unserer Sicht ist die Koppelung aus sachlogischen Gründen nicht sinnvoll. Wir wollen das Dekret heute verabschieden. Sie haben heute die Möglichkeit, der Steeltec AG den Kantonsbeitrag von 8,5 Millionen Franken zukommen zu lassen. Damit wäre das Geschäft erledigt und wir schaffen Planungssicherheit und Sicherheit für die Mitarbeitenden und ihre 600 Arbeitsplätze. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen, damit wir die Diskussion über den Beitrag an die Steeltec AG heute abschliessen und endlich einen Entscheid fällen können. Die Mitte-Fraktion hat erklärt, dass sie die Steeltec AG unterstützen möchte. Sie hat ebenfalls verlauten lassen, dass sich die Industrie im Luzerner Hinterland unter akutem Druck befindet. Mit diesem Thema wird auch Wahlkampf betrieben. Setzen Sie also ein Zeichen, dass Sie sich tatsächlich für den Industriestandort Luzern einsetzen. Das Gleiche gilt auch für die SVP. Adrian Nussbaum hat auf den Slalomkurs der SVP hingewiesen. Grundsätzlich will die SVP eigentlich, dass jetzt über die Gelder an die Steeltec AG befunden wird. Ich bitte die SVP, ihren Slalomkurs fortzusetzen und Ziffer 2 zu streichen, entgegen der Diskussionen, die bereits in anderen Kontexten geführt wurden. Zusammen mit der GLP-Fraktion würden wir eine solide Mehrheit erzielen, um Ziffer 2 zu streichen.

Roman Bolliger: Ich kann mich dem Votum von Simone Brunner anschliessen. Es wäre eine gute Sache, diese Verknüpfung zu streichen, da es sich um zwei verschiedene Dinge handelt.

Ferdinand Zehnder: Ich spreche zu den Anträgen 1 bis 3. Die Mitte lehnt alle drei Anträge ab. Roman Bolliger und Simon Brunner möchten die Verknüpfung zwischen dem Dekret zur Unterstützung der Steeltec AG und der Vorlage Weiterentwicklung Standortförderung auflösen. Diese Verknüpfung ist kein Zufall. Sie ist so gewollt und ist richtig. Die Weiterentwicklung der Standortförderung bildet auch eine rechtliche Grundlage, und es ist ein Grundsatzentscheid. Die Mitte-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Die beiden anderen Anträge der SP und der Grünen zu Ziffer 4 geben uns eigentlich noch mehr zu denken. Sie möchten das Dekret dem obligatorischen Referendum unterstellen. Das klingt nach mehr direkter Demokratie, ist aber in Wirklichkeit ein erhebliches Risiko für die Steeltec AG. Ich höre immer das Argument, dass beim obligatorischen Referendum keine Unterschriften gesammelt werden müssten und es schneller gehen würde. Das klingt plausibel, aber es greift zu kurz. Erstens liegt der entscheidende Unterschied nicht bei der Unterschriftensammlung, sondern beim Inkrafttreten. Beim fakultativen Referendum tritt das Dekret in Kraft, sobald die 60-Tage-Referendumsfrist ungenützt abgelaufen ist, also bereits zwei Monate nach dem heutigen Beschluss. Damit hätte die Steeltec AG sofortige Rechtssicherheit. Beim obligatorischen Referendum hingegen tritt das Dekret erst in Kraft, wenn das Volk Ja gesagt hat. Bis es zu einer Volksabstimmung kommt, braucht es eine lange Vorlaufzeit. Zweitens, und das ist noch das gravierendere Problem: Beim obligatorischen Referendum könnten die Stimmberechtigten an der Urne die Weiterentwicklung der Standortförderung annehmen und gleichzeitig das Dekret für die Steeltec AG ablehnen. Das wäre genau der umgekehrte Effekt dessen, was wir wollen. Die dringend benötigte Unterstützung für die Steeltec AG und die betroffenen Mitarbeitenden wäre damit gefährdet. Das fakultative Referendum ist der richtige Weg. Es gibt dem Volk die Möglichkeit, das letzte Wort zu haben, wenn es dies wünscht, ohne den Prozess unnötig zu blockieren. Lehnen Sie diese Anträge ab.

Thomas Alois Hodel: Ich spreche zu allen Anträgen. Zu Antrag 1: Wir haben eine entsprechende Motion der WAK behandelt, die diese Verknüpfung beinhaltet hat. Die Motion wurde mit 94 zu 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Deshalb ist es nur logisch, dass die Verknüpfung in der Vorlage enthalten ist, schliesslich war das der Entscheid unseres Rates. Zu Antrag 2: Hier wird zusätzlich das obligatorische Referendum verlangt. Diese Frage ist in der Kantonsverfassung klar geregelt: Ausgaben zwischen 3 und 25 Millionen Franken unterliegen dem fakultativen Referendum, bei über 25 Millionen Franken dem obligatorischen Referendum. 8,5 Millionen Franken liegen deutlich darunter. Deshalb ist das

fakultative Referendum nur logisch. Daran hält sich die SVP-Fraktion und lehnt alle Anträge ab.

Simone Brunner: Die rechtliche Grundlage ist gegeben. Wir schaffen sie nicht erst mit dem Gesetz über die Wirtschaftsförderung, sondern mit dem Sonderkredit erhält die Regierung die Ausgabebewilligung.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich bitte Sie im Namen des Regierungsrates, alle Anträge abzulehnen. Ich komme zuerst auf den Antrag von Simone Brunner zu sprechen. Die Verknüpfung war ein Auftrag aus der Motion der WAK. Deshalb haben wir Ihnen das Dekret vorgelegt. Wir haben auch rechtlich abgeklärt, ob das die Einheit der Materie verletzt. Das ist nicht der Fall, denn es geht beide Male um Auszahlungen, im Grundsatz direkt an Firmen, bei der Steeltec AG für einen Unterstützungsbeitrag, so wie es der Bund vorsieht. Bei der Änderung des Wirtschaftsförderungsgesetzes geht es um den LIB. Das sind auch Beträge, die direkt an die Firmen gehen. In diesem Sinn kann die Zustimmung der Stimmberechtigten als Grundsatzentscheid für solche Direktzahlungen angesehen werden. Zum Antrag von Roman Bolliger zum obligatorischen Referendum: Wenn dieses erklärt würde, könnte die Volksabstimmung frühestens im November stattfinden. Sie müsste dann stattfinden, denn nächstes Jahr wäre es zu spät. Ende Jahr läuft die Frist beim Bund aus. Wenn wir als Kanton Ende Jahr keinen Entscheid gefällt haben, ist es vorbei. Die Abstimmung müsste also im November stattfinden. Erst die folgende Abstimmung würde darüber entscheiden, was die Sicherheit der Steeltec AG angeht, denn die Abstimmung über die Standortförderung findet im September statt. Ich bin der Meinung, dass es aufgrund der Verfassungsthemen nicht richtig und sinnvoll wäre, das zu tun. Es wäre auch nicht einfacher, wenn separat eine Volksabstimmung über diesen Betrag stattfindet. In diesem Sinn bitte ich Sie, die Anträge abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 76 zu 30 Stimmen ab.

Antrag Roman Bolliger zu Ziffer 2 und 4: Ziffer 2 streichen.

4. Das Dekret unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Für die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) spricht Kommissionspräsident Guido Müller.

Guido Müller: Eine Diskussion über das obligatorische Referendum fand in der WAK nicht statt.

Roman Bolliger: Die Diskussion zu dieser Trennung haben wir schon einmal geführt. Der Antrag ist ein neuer Ansatz. Es geht darum, dass das obligatorische Referendum das Abhängigmachen von der Annahme des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung und die Regionalpolitik erst setzt. Das heisst, dass man es den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern überlässt, ob sie beide zusammen annehmen wollen, nur eines davon oder keines. Das ist die Idee. Ich habe vorhin die Befürchtung der Mitte-Fraktion gehört, dass diese Hilfe für die Steeltec AG von der Bevölkerung abgelehnt werden könnte und das Standortförderungsgesetz angenommen würde, aber wir die Förderung der Steeltec AG doch eigentlich möchten. Mein Verständnis von Demokratie ist, dass wir das machen, was das Volk will. Wenn das Volk die Förderung der Steeltec AG nicht will, dann ist es gut, dass wir das Volk gefragt haben. Ich bin allerdings zuversichtlich, dass wir mit guten Argumenten und Begründungen darlegen können, weshalb es sinnvoll ist, dieser Förderung zuzustimmen. Ich sehe vielmehr die andere Gefahr, dass die Gesetzesänderung auf wackligen Beinen steht. Was die Hilfe an die Steeltec AG angeht, haben weitgehend alle unisono und zum Teil trotz grosser Bedenken durchs Band erklärt, wie wichtig diese Hilfe sei. Man dürfe die Steeltec AG nicht im Stich lassen. Es sei systemrelevant und gehe um viele Arbeitsplätze. Darüber sind wir uns alle einig. Trotzdem wollen wir das irgendwie aneinander koppeln. Das macht eigentlich keinen Sinn. Der Befreiungsschlag ist meiner Meinung nach, dass wir diese knifflige Frage einfach ans Volk geben. Das Volk als Souverän, das in unserem Land und in unserem Kanton das Sagen hat, soll entscheiden. Ich habe vorhin eine Antwort auf meine Frage erhalten, weshalb man nicht das Volk entscheiden lässt. Die Antwort kam aber bisher nur von der Mitte. Ich möchte dazu auch eine Antwort der SVP-Fraktion, die sich gerne volksnah gibt.

Weshalb lässt man nicht das Volk über diese wichtige Frage entscheiden? Vielleicht könnten sich auch die FDP- und GLP-Fraktion dazu äussern.

Simone Brunner: Sie haben die Streichung von Ziffer 2 abgelehnt. Das heisst, Sie wollen, dass die Stimmbevölkerung über die Unterstützung der Steeltec AG entscheidet. Überlassen wir diese Entscheidung also dem Volk. Wenn wir das Dekret dem obligatorischen Referendum unterstellen, erhält die Stimmbevölkerung die Möglichkeit zu entscheiden und ihren Willen frei zum Ausdruck zu bringen. Diese Möglichkeit besteht, ungeachtet der Höhe der Summe. Man kann sowohl zum Beitrag an die Steeltec AG Ja oder Nein sagen wie auch zum LIB. So erhält das Volk eine echte Wahlmöglichkeit und kann seinen Willen kundtun. Das ist der entscheidende Punkt. Die Bevölkerung soll unabhängig über diese beiden Vorlagen befinden können. Vertrauen wir also dem Volk. Ich bin überzeugt: Wenn das Volk über den Beitrag an die Steeltec AG entscheiden kann, stimmt es der Sicherung von 600 Arbeitsplätzen zu.

Marcel Budmiger: Ich finde es traurig, wie die Entscheidfindung oder die freie Meinungsäusserung von drei Fraktionen eingeschränkt wird, auch wenn wir mit der GLP-Fraktion nicht das gleiche Abstimmungsverhalten haben. Aber wir können uns nicht so an der Urne äussern, wie wir das gerne möchten, und das nur, weil die Tyrannei der Mehrheit das verhindert. Wenn ich der Mitte-Fraktion zugehört habe und Simon Brunner hat es gesagt: Es beruht auf einem Grundlagenirrtum. Die Weiterentwicklung der Standortförderung braucht es nicht, damit wir dieses Dekret sprechen können. Der Regierungsrat kann das bestätigen. Wir haben bereits eine gesetzliche Grundlage. Es stellt sich nur die Frage, ob wir so demokratisch sind, dass die Bevölkerung frei entscheiden und zu einem Ja sagen, zu beidem Ja sagen und zu beidem Nein sagen kann. Oder wollen Sie ein undemokratisches Paket «Vogel friss oder stirb» und sonst gibt es nichts. Das möchten wir verhindern. Wir haben auch darüber diskutiert, eine Stimmrechtsbeschwerde zu machen. Eigentlich müsste man das tun. Das Problem besteht darin, dass wir zu spät im Prozess sind, wenn wir diese gewinnen, weil Sie alles so lange verzögert haben. Ich wiederhole noch einmal, dass wir heute das Problem lösen könnten. Wir könnten heute Sicherheit schaffen und es sind Krokodilstränen, wenn Sie sagen, dass die Steeltec AG möglichst bald Sicherheit braucht und wir die Abstimmung deswegen nicht auf November verschieben dürfen. Wir könnten heute definitiv darüber abstimmen und die Steeltec AG hätte diese Sicherheit. Es stimmt einfach nicht, was Sie sagen. Bitte seien Sie so demokratisch und ermöglichen Sie es der Bevölkerung, sich frei zu äussern.

Urs Marti: Marcel Budmiger, die Tyrannei der Mehrheit nennt sich bei uns Demokratie.

Roman Bolliger: Ich möchte von der FDP-, SVP- und GLP-Fraktion hören, weshalb das Volk nicht befragt werden soll.

Marcel Budmiger: Urs Marti, das ist nicht demokratisch, sondern Sie schränken die Demokratie ein.

Urban Sager: Die Tyrannei der Mehrheit ist natürlich ein Zitat. Deswegen haben wir in Demokratien auch Minderheitenrechte eingebaut. Entsprechend ist es wichtig, dass wir diese leben. Ich bin in diesem Rat in einer Minderheit, und ich bin gegen die von Ihnen beschlossene Standortförderung. Ich habe die Möglichkeit, weil wir in einer direkten Demokratie leben, im Herbst Nein dazu zu sagen. Das werde ich selbstverständlich tun. Ich bin aber auch der Meinung, dass wir die Steeltec AG retten müssen. Diesbezüglich befinde ich mich in unserem Rat zwar anscheinend in einer Mehrheit, werde aber im Herbst keine Möglichkeit haben, das entsprechend zu äussern. Genau hier haben wir doch wirklich ein demokratiepolitisches Problem. Sie haben dieses vorhin geschaffen, indem Sie die Ziffer 2 nicht gestrichen haben. Wir haben diese beiden Dinge miteinander verknüpft. Eine Person wie ich, die die Standortförderung ablehnt, das äussert und das auch tun will und gleichzeitig die Steeltec AG retten will, hat im Herbst keine Möglichkeit dazu. Wie soll ich in dieser Abstimmung meinen Willen zum Ausdruck bringen? Das haben Sie verhindert. Sie haben noch eine letzte Möglichkeit, einen letzten Ausweg, den wir Ihnen bieten, nämlich dass wir die Abstimmung doppelt führen für Menschen wie mich. Es ist eine Minderheit hier im Rat, es wird spannend, ob es eine Minderheit in der Bevölkerung ist, davor haben wir keine Angst, Ferdinand Zehnder. Sie haben gesagt, dass es heikel sei und die Bevölkerung den Beitrag an die Steeltec ablehnen könnte. Sie haben eine Abstimmung gewollt, indem Sie Ziffer 2 nicht

gestrichen haben. Sonst haben wir keine Volksabstimmung zur Steeltec AG, und jetzt haben wir sie. Wir haben keine Angst vor dem Volk, was die Steeltec AG angeht. Entsprechend bitte ich Sie, dass wir dem Volk respektive der Bevölkerung im Kanton Luzern, Menschen wie mir, die diesbezüglich in einer Minderheit sind, im Herbst die Möglichkeit geben, eine Wahl zu haben. Sie nehmen mir diese und nicht nur mir, sondern einem grossen Teil der Bevölkerung. Ich bitte Sie also, seien Sie konsequent und unterstellen Sie das Dekret dem obligatorischen Referendum. Dann kann die Bevölkerung entscheiden, was sie will, und wir haben die echte Möglichkeit, frei abstimmen und wählen zu können. Das ist einer Demokratie würdig.

Adrian Nussbaum: Ich finde es doch mühsam, dass wir zum x-ten Mal über diese Frage diskutieren. Worte wie Erpressung und Tyrannei scheinen mir nicht passend, wenn unser Rat schon unzählige Male erklärt hat, die Steeltec AG unterstützen zu wollen, aber erst, nachdem die Standortförderung in Kraft getreten ist. Ich erinnere Sie an die politische Realität: Vor der Abstimmung über das entsprechende Postulat mit dem Antrag auf teilweise Erheblicherklärung, das genau diese Abhängigkeit gefordert hat, habe ich Abklärungen getroffen. Die Fraktionen hätten Nein gestimmt und die Unterstützung der Steeltec AG wäre vom Tisch gewesen. Dank der Verknüpfung konnte in unserem Rat eine Mehrheit gefunden werden. Diese Mehrheit war klar. Am liebsten hätten wir keine rechtliche Verknüpfung gehabt, sondern im Herbst darüber diskutiert. Da der Entscheid bis Ende Jahr gefällt werden muss, haben wir den einfacheren Weg gewählt und sofort darüber befunden, aber verknüpft mit einer Bedingung. In unserer Verfassung steht klar, welche Entscheide vors Volk müssen. Das sind nun einfach nicht alle Entscheide. Es ist deshalb nicht ehrlich, uns vorzuwerfen, dass wir die Demokratie missachten würden. Bei der Abstimmung über die Abhängigkeit waren Sie in der Minderheit, und die Mehrheit hat sich durchgesetzt. Das Dekret ist folglich der Vollzug dieses demokratischen Mehrheitsentscheids unseres Rates. Sie können uns noch stundenlang Tyrannei oder Erpressung vorwerfen, aber das ist nicht ehrlich, da es sich um einen demokratischen Entscheid handelt. Bitte akzeptieren Sie diesen.

Samuel Zbinden: Adrian Nussbaum, ich finde es nicht ehrlich zu sagen, dass wir der Steeltec AG nur dank dieser Verknüpfung helfen können und es sonst keine Mehrheit gegeben hätte. Ihre Fraktion wollte nicht zu dieser Mehrheit beitragen, denn zwischen den Grünen, der SP und der Mitte wäre eine Mehrheit möglich gewesen. Laut Ferdinand Zehnder ist die Unterstützung der Steeltec AG für die Mitte zentral. Die Mitte ist aber für diese Abhängigkeit verantwortlich, denn wir wären nicht auf die Unterstützung der FDP-, GLP- und SVP-Fraktion angewiesen gewesen. Zusammen hätten wir die Mehrheit gehabt. Ich habe von der Mitte-Fraktion mehrfach gehört, wie wichtig ihr die Steeltec AG ist. Jetzt riskieren Sie die Unterstützung der Steeltec AG, weil Sie diese von der Standortförderung abhängig machen. Bitte halten Sie deshalb wenigstens unsere inhaltliche Kritik aus. Es gibt keine inhaltlich überzeugende Begründung, weshalb die beiden Geschäfte miteinander verknüpft wurden. Wir haben mehrfach gehört, dass es ein Kompromiss sei. Das hat nichts mit einem Kompromiss zu tun, sondern es geht im besten Fall um einen Deal zwischen zwei Geschäften. Es ist zudem auch demokratiepolitisch fragwürdig, die beiden Geschäfte zu verknüpfen und der Bevölkerung keine freie Wahl zu lassen.

Roman Bolliger: Wer der Steeltec wirklich helfen möchte und ehrlich ist, soll alles taktische Kalkül weglassen und dem Antrag zustimmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Sie haben den vorangehenden Antrag abgelehnt und somit der Verknüpfung erneut zugestimmt. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass das obligatorische Referendum aufgrund der Kantonsverfassung nicht nötig ist. Die Abstimmung über die Standortförderung wurde von der Regierung für Ende September angeordnet, und die Volksbotschaft ist praktisch geschrieben. Wir müssten im Eilzugstempo und vielleicht fast schon etwas unseriös eine zweite Volksabstimmung anordnen oder das Ganze verschieben, oder es würde zwei verschiedene Abstimmungsdaten geben. Ich bitte Sie auch aufgrund der praktischen Umsetzung den Antrag abzulehnen, insbesondere aber auch aufgrund der Zuständigkeiten.

Der Rat lehnt den Antrag mit 77 zu 33 Stimmen ab.

Antrag Simone Brunner / Roman Bolliger zu Ziffer 4: 4. Das Dekret unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Für die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) spricht Kommissionspräsident Guido Müller.

Guido Müller: Dieser Antrag lag der WAK nicht vor. Wir haben aber soeben über das obligatorische Referendum abgestimmt, inhaltlich also genau die gleiche Frage. Wir können diese Abstimmung aber selbstverständlich wiederholen, damit der Tag irgendwie umgeht.

Simone Brunner: Ich bitte den Kommissionspräsidenten, in seiner Rolle als Kommissionspräsident zu agieren. Ich habe den Antrag begründet und verzichte auf eine Wiederholung. Sie haben unsere Argumente gehört. Eine Replik auf das Votum von Regierungsrat Fabian Peter: Vielleicht könnte es in Bezug auf die sich in Erarbeitung befindende Volksbotschaft zur Standortförderung etwas eng werden. Aber es ist auch etwas unseriös, die heutige Beratung nicht abzuwarten. Die Anträge liegen vor und müssten bei einer allfälligen Änderung des Dekrets noch berücksichtigt werden. Die Volksbotschaft zum Sozialversicherungszentrum Wirtschaft Arbeit Soziales (WAS) wurde damals sehr schnell erarbeitet, und ich habe absolutes Vertrauen in die Mitarbeitenden, dass das möglich ist. Die Frage des obligatorischen Referendums habe ich zudem abgeklärt. Die Drohkulisse ist absolut nicht legitim, dass die Zeit bis Ende Jahr nicht reicht. Auch mit dem obligatorischen Referendum können die zeitlichen Fristen ohne Probleme eingehalten werden.

Roman Bolliger: Aus meiner Sicht sind es drei verschiedene Anträge. Was wir vorhin besprochen hatten, wäre die Aufhebung der Verknüpfung im Abtausch mit dem obligatorischen Referendum gewesen. Jetzt ist das anders. Jetzt ist das geklärt. Diese Verknüpfung bleibt auch im Dekret enthalten. Jetzt sprechen wir noch darüber, ob es dazu ein obligatorisches Referendum gibt oder nicht. Ich rufe nochmals in Erinnerung, was wir vorhin gesagt haben. Es wurde unter anderem gesagt, dass die Zölle die Steeltec AG bedrohen. Es wurde gesagt, dass es fragwürdig sei, ob das der Steeltec AG überhaupt helfen würde, und es eine grosse Ausnahme sei, dass man ein einzelnes Unternehmen unterstütze. Es wurde aber auch betont, wie wichtig es sei. Ich denke, das rechtfertigt die Unterbreitung vor dem Stimmvolk, obwohl wir keine Verpflichtung haben. Es ist eine heikle Entscheidung, und ich denke, es macht Sinn, dass wir das dem Stimmvolk unterbreiten.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Zum Votum von Simone Brunner: Der Staatschreiber hat mir bestätigt, dass eine Abstimmung im September möglich wäre. Die Standortförderung wurde aber bereits im März verabschiedet und die Volksbotschaft liegt vor. Bis vor Kurzem war nicht absehbar, dass diese Geschäfte im Sinn separater Abstimmungsvorlagen zusammen zur Abstimmung kommen. Es wäre möglich, auch vor Ende Jahr, aber es ist eine andere Ausgangslage als bei der erwähnten Abstimmung. Die Diskussionen sind geführt. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 77 zu 32 Stimmen ab.

Antrag Urs Brücker: Ablehnung.

Für die Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK) spricht Kommissionspräsident Guido Müller.

Guido Müller: Dieser Antrag lag der WAK nicht vor. In den Eintretensvoten war zwar eine Ablehnung beinhaltet, es wurde aber kein entsprechender Antrag gestellt. In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission der Vorlage mit 10 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen zu.

Der Rat lehnt den Antrag mit 100 zu 10 Stimmen ab.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Dekret über einen Sonderkredit für eine kantonale Finanzhilfe an die Steeltec AG zwecks Beteiligung an der Überbrückungshilfe des Bundes, wie es aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 82 zu 13 Stimmen zu.